



Amtsblatt

für den

Landkreis Hannover

JAHRGANG 1981

HANNOVER, DEN 21. MAI 1981

NR. 21

60

INHALT

SEITE

A) SATZUNGEN, VERORDNUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DES LANDKREISES HANNOVER

3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung der
Kreistagsabgeordneten und der ehrenamtlich Tätigen 199

2. Satzung zur Änderung der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes
Wulbeck in der Fassung vom 22.3.1968 199

B) SATZUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER STÄDTE UND GEMEINDEN

1. Stadt Barsinghausen

Bauleitplanung der Stadt Barsinghausen 200
hier: Bebauungsplan Nr. 11 A „Teilgebiet Halde“

Bauleitplanung der Stadt Barsinghausen 201
hier: Bebauungsplan Nr. 31 „Im Dorfe“, OT Bantorf

2. Gemeinde Isernhagen

Hundesteuersatzung der Gemeinde Isernhagen 201

3. Stadt Laatzen

2. Änderung der Gebührenordnung für die Benutzung der Märkte 204
in der Stadt Laatzen (Marktgebührenordnung)

4. Stadt Pattensen

60 2. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 132 204
„Die Kluß“ im OT Pattensen

60 2. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 101 A 205
Brauereiweg - Bruchweg

zum Archiv

§ 14

Gleichzeitig tritt die Hundesteuersatzung der Gemeinde Warmbüchen vom 20. Januar 1975 außer Kraft.

Thies
Bürgermeister

L.S.

Loos
Gemeindedirektor

Gemäß § 6 Abs. 3 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) sowie nach § 2 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) genehmige ich die vorstehende vom Rat der Gemeinde Isernhagen am 17.3.1981 beschlossene Hundesteuer-satzung.

Hannover, den 4. Mai 1981
- 15/15 14 53/1 (7) -

3. Stadt Laatz en

Aufgrund der §§ 6, 40 und 83 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 18.10.1977 (Nds. GVBl., S. 497/77), zuletzt geändert durch das Siebente Gesetz zur Änderung der Nieders. Gemeindeordnung und der Nieders. Landkreisordnung vom 18.10.1980 (Nds. GVBl. S. 385/80), der §§ 2, 5, 11 ff des Nieders. Kommunalabgabengesetzes (NKAG) vom 08.02.1973 (Nds. GVBl. S. 41/73), zuletzt geändert durch das Vorläufige Gesetz zur Anpassung von Gesetzen an die Abgabenordnung (Nds. AOAnpG) vom 20.12.1976 (Nds. GVBl. S. 325/76) und des § 71 der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.01.1978 (BGBl. I S. 97), geändert durch Artikel 1 des Änderungsgesetzes vom 12.02.1979 (BGBl. I S. 149) hat der Rat der Stadt Laatzen in seiner Sitzung am 04.05.1981 die nachstehende 2. Änderung der Gebührenordnung für die Benutzung der Märkte in der Stadt Laatzen beschlossen:

Marktstandgeld je angefangene lfd. Meter
Frontlänge täglich 4,-- DM

Diese 2. Änderung der Gebührenordnung tritt am 1. Juni 1981 in Kraft.

Lecke
Bürgermeister

L.S.

Panitz
Stadtdirektor

2. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 132 „Die Kluß“ im OT Pattensen

Der Rat der Stadt Pattensen hat in seiner Sitzung am 23. April 1981 die 2. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 132 „Die Kluß“ einschließlich der Begründung gemäß § 10 Bundesbaugesetz (BBauG) als Satzung beschlossen.

Das Gebiet der Bebauungsplanänderung umfasst den südlichen Teilbereich der Parzelle 72/26, die Wegeparzelle 72/28 und die nördliche Teilfläche der Parzelle 72/31.

Die Änderung des Bebauungsplanes liegt mit Begründung vom Tage dieser Bekanntmachung an in der Bauverwaltung der Stadt Pattensen, Hofstraße 2, 3017 Pattensen, öffentlich aus und kann während der Sprechstunden eingesehen werden.

Gemäß § 12 BBauG wird die 2. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 132 mit dieser Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Entstehen im Gebiet des Bebauungsplanes einem Eigentümer oder sonstigem Nutzungsberechtigten Vermögensnachteile dadurch, daß

- 1.) er im berechtigten Vertrauen auf den Bestand des bisher rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 132 Vorbereitungen für die Verwirklichung von Nutzungsmöglichkeiten getroffen hat (Vertrauensschaden nach § 39 j BBauG in der Fassung vom 18.8.1976 - BGBl. I Seite 2256),
- 2.) im Bebauungsplan
 - a) Flächen für bestimmte Nutzungen (insbesondere für Gemeinbedarfs-, Verkehrs- und Gemeinschaftsanlagen) festgesetzt sind (§ 40 BBauG),
 - b) Flächen mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten belastet sind (§ 42 BBauG),
 - c) Bindungen für Bepflanzungen festgesetzt sind (§ 43 BBauG) oder
 - d) eine zulässige Nutzung geändert oder aufgegeben ist (§ 44 BBauG),

so kann der Entschädigungsberechtigte im Rahmen der vorgenannten Paragraphen Entschädigung verlangen. Er kann die Fälligkeit des Anspruches dadurch herbeiführen, daß er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt.

Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die genannten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes beim Zustandekommen des o.a. Bebauungsplanes ist gemäß § 155 a BBauG unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres seit Inkrafttreten der Satzung gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung oder die Veröffentlichung der Satzung verletzt worden sind.

Pattensen, den 29. April 1981

Der Stadtdirektor
Drücker

2. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 101 A Brauereiweg - Bruchweg

Der Rat der Stadt Pattensen hat in seiner Sitzung am 23. April 1981 die 2. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 101 A, Brauereiweg - Bruchweg, OT Pattensen, einschließlich der Begründung gemäß § 10 Bundesbaugesetz (BBauG) als Satzung beschlossen.

Das Gebiet der Bebauungsplanänderung umfaßt das Grundstück „Im Mühlenfelde Nr. 57“, Flurstück 9/6 der Flur 15 im OT Pattensen.

Die Änderung des Bebauungsplanes liegt mit Begründung vom Tage dieser Bekanntmachung an in der Bauverwaltung der Stadt Pattensen, Hofstraße 2, 3017 Pattensen, öffentlich aus und kann während der Dienststunden eingesehen werden.

Gemäß § 12 BBauG wird die 2. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes 101 A mit dieser Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Entstehen im Gebiet des Bebauungsplanes einem Eigentümer oder sonstigem Nutzungsberechtigten Vermögensnachteile dadurch, daß

1.) er im berechtigten Vertrauen auf den Bestand des bisher rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 101 A Vorbereitungen für die Verwirklichung von Nutzungsmöglichkeiten getroffen hat (Vertrauensschaden nach § 39 j BBauG in der Fassung vom 18.8.1976 - BGBl. I Seite 2256),

2.) im Bebauungsplan

a) Flächen für bestimmte Nutzungen (insbesondere für Gemeinbedarfs-, Verkehrs- und Gemeinschaftsanlagen) festgesetzt sind (§ 40 BBauG),

b) Flächen mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten belastet sind (§ 42 BBauG),

c) Bindungen für Bepflanzungen festgesetzt sind (§ 43 BBauG) oder

d) eine zulässige Nutzung geändert oder aufgegeben ist (§ 44 BBauG),

so kann der Entschädigungsberechtigte im Rahmen der vorgenannten Paragraphen Entschädigung verlangen. Er kann die Fälligkeit des Anspruches dadurch herbeiführen, daß er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt.

Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die genannten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes beim Zustandekommen des o.a. Bebauungsplanes ist gemäß § 155 a BBauG unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres seit Inkrafttreten der Satzung gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung oder die Veröffentlichung der Satzung verletzt worden sind.

Pattensen, den 30. April 1981

STADT PATTENSEN
Drücker
Stadtdirektor